

Waffendeal im Ständerat auf der Kippe

Rüstungsexporte Der Nationalrat entmachtet den Bundesrat. In der kleinen Kammer kommt es nun auf die CVP an

VON MICHEL BURTSCHER

Als sich Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in die hitzige Debatte im Saal einschaltete, machte er erst einmal einen Witz: «Ich habe gut zugehört, mit offenen Augen und wach - um das noch einmal zu sagen», sagte der abtretende Bundesrat als Anspielung auf die Berichte über seine Müdigkeit.

Dabei ging es gestern im Nationalrat eigentlich um ein ernstes und äusserst kontroverses Thema: die vom Bundesrat geplante Lockerung der Exportregeln für Rüstungsgüter. Künftig sollen Schweizer Unternehmen auch Bürgerkriegsländer mit Waffen beliefern dürfen - solange kein Grund zur Annahme besteht, dass die Waffen in diesem Konflikt eingesetzt werden.

Doch einem solchen Vorhaben will die Mehrheit im Nationalrat nun einen Riegel vorschieben. Er hat gestern eine Motion

der BDP verabschiedet, um dem Bundesrat die Kompetenz zu entziehen, eigenständig über die Kriterien zur Bewilligung von Waffenexporten zu entscheiden. Künftig wäre das Parlament verantwortlich dafür. Unterstützt wurde der Vorstoss nicht nur von SP und Grünen, sondern auch von GLP und CVP. Am Schluss stand es 97 zu 82 Stimmen bei 11 Enthaltungen, die vor allem aus den Reihen der FDP kamen.

Ein Akt für die Geschichtsbücher

Zuvor hatten verschiedene Nationalräte versucht, Schneider-Ammann ins Gewissen zu reden. «Verkaufen Sie den Ruf der Schweiz nicht auf dem Basar», sagte die Waadtländer GLP-Nationalrätin Isabelle Chevalley.

Die Grüne-Nationalrätin Lisa Mazzone (GE) sagte: «Sie können in die Geschichte eingehen als jemand, der Konflikte befeuert und die Schweizer Friedensförderung



«Ich hoffe, dass der Bundesrat von sich aus nochmals auf seinen Entscheid zurückkommt.»

Erich Ettlin
Obwaldner
CVP-Ständerat

untergraben hat, oder auf die Änderungen verzichten.» Schneider-Ammann hörte zwar zu, änderte seine Meinung aber nicht. Er sprach von einer «relativ bescheidenen Korrektur». Der Bundesrat treffe keine leichtfertigen Entscheide, sagte der Wirtschaftsminister. Man müsse auch an die Arbeitsplätze und die Sicherheitsinteressen der Schweiz denken. Sukkurs erhielt Schneider-Ammann von FDP- und SVP-Vertretern. Der Berner SVP-Nationalrat Werner Salzmann etwa nannte die Motion «grob fahrlässig» und «populistisch».

Gespaltene CVP

Nun kommt das Geschäft in den Ständerat. Die Ausgangslage ist spannend. Entscheidend wird aufgrund der Mehrheitsverhältnisse vor allem sein, wie sich die CVP-Vertreter positionieren. In der kleinen Kammer ist die Partei gespalten. So ist beispielsweise der Urner Ständerat Isi-

dor Baumann ein vehementer Unterstützer der Lockerungen. Auch Peter Hegglin (ZG) hatte sie in der Kommission unterstützt.

Doch andere CVP-Vertreter sind skeptischer. Dazu gehört Erich Ettl (OW). Freude habe er zwar keine an der Motion der BDP, sagt Ettl, weil das Parlament eigentlich nicht zuständig sei für die Festlegung von Exportkriterien. «Ich hoffe darum, dass der Bundesrat von sich aus nochmals auf seinen Entscheid zurückkommt», sagt Ettl. Falls dem nicht so ist, will er den Vorstoss unterstützen.

Die Frage ist, wie viele seiner Parteikollegen es ihm gleich tun. So oder so ist im Ständerat ein knapper Entscheid zu erwarten. Doch auch wenn er den Vorstoss tatsächlich abschiesse sollte, ist eines sicher: Die Diskussion wird weitergehen. Denn eine Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ist bereits angekündigt worden.

INSERAT

72m²
TEA
ROOM

homegate.ch
FINDE DEINEN
PLATZ

FDP hinterfragt Genfer Flüchtlingskonvention

Asyl Der Bundesrat soll sich bei der UNO für eine Verschärfung beim Flüchtlingschutz einsetzen. Einzelne Freisinnige erkennen ihre eigene Partei nicht wieder.

VON TOBIAS BÄR

Laut dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist es das «wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingschutz». Die Rede ist von der Genfer Flüchtlingskonvention, die 1954 in Kraft trat mit dem Ziel, europäische Flüchtlinge im Nachgang des Zweiten Weltkriegs zu schützen. Vor rund 50 Jahren wurde das Abkommen mit einem Protokoll ergänzt, das die zeitlichen und räumlichen Einschränkungen aufhob. Der Inhalt der Vereinbarung schlug sich in den nationalen Asylgesetzen nieder. So hält das Staatssekretariat für Migration fest: «Die Schweizer Asylpolitik orientiert sich an den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention.» Der Bundesrat liess vor zwei Jahren verlauten, die Schweiz setze sich für eine vollständige und kompromisslose Einhaltung der Konvention ein.

Nun soll dieser Bundesrat auf eine Verschärfung des Abkommens drängen. Dies fordert ein Vorstoss, der heute im

Parlament eingereicht wird - und zwar nicht etwa aus den Reihen der SVP, sondern vom Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Müller will, dass in der Konvention explizit festgehalten wird, dass wirtschaftliche Gründe und Dienstverweigerung keine Flüchtlingseigenschaft begründen können. Auch Nachfluchtgründe, etwa die illegale Ausreise, sollen ausgeklammert werden.

Zankapfel Wirtschaftsmigranten

Müller begründet seine Forderung damit, dass die Schutzgebote des Abkommens «eine vergangene Welt» reflektieren und die Realität nicht mehr genügend abbilden würden. Der Migrationsdruck sei heute unter anderem durch die Kriege im Nahen Osten grösser. «Um den Schutz von verfolgten Menschen gewährleisten zu können, braucht es eine klarere Abgrenzung zu jenen, die ihre Heimat aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.»

Müller hat sein Ansinnen als Postulat formuliert. Der Bundesrat muss also lediglich prüfen, ob er Handlungsbedarf sieht - sofern der Ständerat dem Vorstoss zustimmen sollte. Auf jeden Fall kann der Bundesrat die Konvention nicht unilateral ändern. Wie alle 148 Unterzeichnerstaaten kann die Schweiz aber mittels schriftlicher Mitteilung an den UNO-Generalsekretär eine Revision verlangen. Über den An-

trag würde dann die UNO-Vollversammlung entscheiden. Seit ihrem Inkrafttreten wurde die Konvention noch nie angepasst.

«Es ist mir klar, dass das Abkommen nicht von heute auf morgen geändert wird», sagt Müller. Auch will er das Postulat nicht als Angriff auf die Genfer Flüchtlingskonvention verstanden wissen. Ihm gehe es darum, eine Diskussion darüber anzustossen, ob die Flüchtlingskonvention ein «Update» benötige. Unterstützung erhält der Luzerner FDP-Ständerat unter anderem von seinen Parteikollegen Josef Dittli (UR) und Martin Schmid (GR), aber auch von der Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller. Sie alle haben ihre Unterschrift unter den Vorstoss gesetzt. Die Idee stösst aber innerhalb der FDP nicht überall auf Verständnis. So sagt der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri: «Ich sehe den Nutzen nicht.» In der Schweiz erhalte schon heute nur Asyl, wer bedroht oder verfolgt werde. Die Wehrdienstverweigerung wiederum ist seit einer Verschärfung des Asylgesetzes im Jahr 2012 kein Asylgrund mehr.

Der ehemalige Tessiner FDP-Ständerat und Aussenpolitiker Dick Marty antwortet auf die Frage, wie er dazu stehe, dass eine solche Forderung aus seiner Partei komme: «Ich habe den Eindruck, dass wir nicht von der gleichen FDP sprechen.»

Schlepper

Bekämpfung bleibt Sache der Kantone

Für die Strafverfolgung von Schlepperbanden sollen weiterhin die Kantone zuständig sein. Der Ständerat hat es abgelehnt, diese der Bundesgerichtsbarkeit zu unterstellen. Der Nationalrat hatte sich von der Änderung im Ausländergesetz mehr Effizienz versprochen. Der Ständerat lehnte gestern eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP/VS) einstimmig ab. Damit ist der Vorstoss erledigt.

Addor hatte seine Initiative damit begründet, dass die bisher gegen Schlepper ergriffenen Massnahmen nicht genügen. Er wollte die Verfolgung schwerer Straftaten, mit welchen eine Gruppe die rechtswidrige Ein- und Ausreise und den rechtswidrigen Aufenthalt fördert, der Bundesgerichtsbarkeit unterstellen. Nach Ansicht der Kommission würde die Initiative die Situation allerdings nicht verbessern. Das Problem sei nicht die Gesetzgebungskompetenz, sondern der Vollzug in den Kantonen. (SDA)

Dreckstromsteuer aus Genf vom Tisch

Energie Ein Vorschlag aus Genf hat auch im Ständerat keine Chance. Dieser verweist auf ein neues Gesetz.

Das Parlament will keine Steuer auf «Dreckstrom» einführen. Nach dem Nationalrat hat gestern auch der Ständerat eine Standesinitiative des Kantons Genf abgelehnt. Diese schlägt vor, den Ertrag für die Wasserkraft und andere erneuerbare Energien einzusetzen. Damit ist der Vorstoss vom Tisch.

Die Steuer sollte nach dem Willen des Kantons Genf auf Strom aus nichterneuerbaren Energien eingeführt werden. Weil Strom aus Gaskraftwerken «sauberer» ist als jener aus Kohlekraftwerken, gäbe es dafür einen Nachlass. Genf begründete die Initiative mit dem tiefen Strompreis ange-

sichts der Stromüberproduktion in Europa. Dadurch sei die Wirtschaftlichkeit der Schweizer Stauanlagen gefährdet. Gleichzeitig verursachten Kohlekraftwerke im Ausland erhebliche CO₂-Emissionen.

Der Ständerat verwarf die Initiative mit 25 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Er folgte damit seiner Energiekommission. Diese verwies auf die Vorlage zur Revision des Stromversorgungsgesetzes, mit der das Strommarktdesign der Zukunft bestimmt werden soll. Die Ausgestaltung einer Steuer auf nichterneuerbare Energieträger sei mit internationalem Handelsrecht nicht einfach zu vereinbaren. Eine Minderheit argumentierte, eine differenzierte Stromabgabe müsse weiterhin in Betracht gezogen werden, damit der Import von billigem Strom aus Kohlekraftwerken wirksam verringert werden könne. (SDA)



Ralph Brinkhaus im Fokus: Der neue Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag.

KEYSTONE

Rebell will er nicht sein

Deutschland Wer ist Ralph Brinkhaus, der Merkel in die Krise stürzte?

VON CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN

Ralph wer?, fragte die «Süddeutsche Zeitung» in ihrer gestrigen Ausgabe. Das trifft den Nagel auf den Kopf: Der neue Chef der Fraktion von CDU und CSU im Bundestag, Ralph Brinkhaus, war bis Dienstag kurz vor 17 Uhr einer breiten Öffentlichkeit überhaupt nicht bekannt. Dann verbreiteten Eilmeldungen und Push-Nachrichten die Sensation: Der absolute No Name Ralph Brinkhaus bugsiert Merkels Vertrauten Volker Kauder nach 13 Jahren von der Unionsfraktionspitze. In den Redaktionsstuben setzten Abschlussredaktoren den Namen Brinkhaus in die Google-Suchmaschine. Ralph wer?

Nun steht der 50-jährige Steuerberater der mit 246 Abgeordneten grössten Bundestagsfraktion vor. Vor allem aber ist Brinkhaus zum Synonym geworden für Merkels schwindende Macht, er gilt nun als der glatzköpfige Rebell. Schliesslich hat es der Ostwestfale gewagt, sich bei der Wahl zur Fraktionspitze Merkels Vertrautem Volker Kauder in den Weg zu stellen. Mahnungen der Kanzlerin, Brinkhaus möge auf die

Kampfkandidatur verzichten, schlug der Wirtschaftswissenschaftler schon im August aus. Er wolle einen personellen Neuanfang an der Fraktionspitze. Ein Signal des Aufbruchs senden. Dass sie in der Union trotz schwindender Zustimmungswerte nicht einfach weiterwursteln wie bis anhin. Das war Brinkhaus' Botschaft - und die reichte, um ein politisches Beben auszulösen.

Mega-Coup ohne Seilschaften

Während Kommentatoren bereits über das Ende der Ära Merkel sinnieren, wird Brinkhaus medial gefeiert. Immerhin hat der Mann aus der zweiten Reihe im stillen Kämmerlein und ganz ohne Seilschaften den Mega-Coup gelandet. Weil der verheiratete Katholik weder ins Lager der Merkel-Gegner noch zu den treuen Merkelianern gehört, war er am Ende für alle wählbar. «Brinkhaus hat Ton und Stil gewahrt. Das hat es ihm ermöglicht, bei Merkel-Gegnern wie Merkel-Sympathisanten zu punkten. Anders wäre dieser Sieg kaum möglich gewesen», attestiert die «SZ» und sieht in dem hochanständigen Vorgehen Brinkhaus' ein erstrebenswertes

Gegenmodell zu einer Politik, in der zunehmend auf den Mann gespielt wird.

Den Anstand behielt der Fan des 1. FC Köln auch in der Stunde seines grössten Erfolges. Interpretationen, wonach seine Wahl das Ende Merkels einläuteten, widersprach er deutlich. Er wolle die Fraktion eigenständiger positionieren, seine Kandidatur sei keine Kandidatur gegen Merkel. «Die Fraktion steht ganz fest hinter Angela Merkel», sagte er. Rufen aus der Opposition, wonach die Kanzlerin nun die Vertrauensfrage stellen müsse, entgegnete er: «Das ist Blödsinn.» Auch wenn man gerne die Geschichte des Revoluzzers erzählen würde, trotz Jahrgang 1968 taugt Brinkhaus nicht dazu. Brinkhaus wollte bloss frischen Wind in die Fraktion bringen. Sein Vorgehen war demokratisch, von Aufstand mag er selbst nicht sprechen.

Sein Name jedenfalls kennen nun alle, die sich mit Politik beschäftigen. Der 50-Jährige hat nun etwas gemein mit Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel. Die waren auch mal Fraktionschefs der Union. Und wurden später Kanzler.

Marine Le Pen verliert eine Million

Frankreich Wegen fiktiver Jobs verliert die französische Rechtsausserpartei durch ein Gerichtsurteil eine Million Euro. Sie vermag ihre Wahlkämpfe kaum mehr zu finanzieren.

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Hat der Front National im Europaparlament Phantomjobs geführt, um daraus jahrelang Saläre zu kassieren? Nach Justizermittlungen sollen die französischen Ultrarechten Mitarbeiter, die aus dem öffentlichen Parlamentsbudget in Strassburg entlohnt wurden, in Wahrheit am Parteisitz in Paris beschäftigt haben. Ein Pariser Berufungsgericht hat deshalb am Mittwoch eine Million Euro beschlagnahmen lassen. Diesen Betrag hatte die Partei von Marine Le Pen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten.

Die Staatsanwaltschaft hatte als Sicherheit die Beschlagnahmung von zwei Millionen Euro verlangt. Ein Anwalt des Rassemblement National (RN) - wie die Partei heute heisst - sprach von einem «ersten Sieg», da nur die Hälfte der erwarteten Summe beschlagnahmt wird. Aus der Staatsanwaltschaft verlautete hingegen, in der Sache habe ihr das Gericht Recht gegeben. Wenn es den Verdacht auf Scheinbeschäftigung bestätigen und die «Nationale Sammlungsbewegung» verurteilen sollte, müsste diese bis zu sieben

Millionen Euro an bezogenen Lohngehältern zurückzahlen.

Parteichefin Le Pen hatte vor dem Gerichtsurteil erklärt, der Entzug der Lohngehälter drohe die Partei zu «ruinieren». In Wirklichkeit hat sich das RN das finanzielle Desaster selber zuzuschreiben. Schatzmeister Walleland de Saint-Just ist nicht einmal in der Lage, die Verschuldung der Partei zu beziffern. Der aus der Partei ausgetretene Lokalpolitiker Eric Dillies erklärt, die Parteispitze lebe auf viel zu grossem Fuss.

Kreditwürdigkeit verloren

RN ist deshalb auch nicht mehr kreditwürdig: Die französischen Banken weigern sich allesamt, die Wahlkämpfe der Partei zu finanzieren. Für die Finanzierung der Europawahlkampagne im kommenden Jahr ist trotz einer parteiinternen Spendensammlung kein Geld vorhanden. Bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr hatte Marine Le Pen in den Philippinen einen Kredit über acht Millionen Euro aufnehmen müssen.

In einem Jahr wird die Partei zudem einen russischen Kredit über neun Millionen Euro rückerstatten müssen. Wie das geschehen soll, weiss wohl selbst Le Pen nicht. Vielleicht auch aus diesem Grund bezeichnet die RN-Chefin das Vorgehen der französischen Justiz als «Anschlag auf die Demokratie». Die Opferrolle bekommt den Frontisten noch immer am besten.

NACHRICHTEN

GROSSBRITANNIEN

Jeremy Corbyn warnt vor «nationaler Katastrophe»

Der Chef der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, hat das Thema eines zweiten Brexit-Referendums bei seiner Rede zum Abschluss des Parteitage in Liverpool weitgehend gemieden. Sollte das Abkommen der Regierung mit Brüssel über den EU-Austritt des Landes im britischen Parlament scheitern, werde Labour auf eine Neuwahl hinarbeiten, sagte Corbyn. Ein Abkommen auf Grundlage der derzeitigen Pläne von May werde Labour aber in jedem Fall ablehnen. Einen EU-Austritt ohne Abkommen bezeichnete er als «nationale Katastrophe». (SDA)

USA

Weitere Vorwürfe gegen Trumps Richter-Kandidaten

Kurz vor der Anhörung vor dem US-Senat zu Missbrauchsvorwürfen gegen den Supreme-Court-Kandidaten Brett Kavanaugh ist der Richter mit neuen Anschuldigungen aus der Vergangenheit konfrontiert. Eine Frau aus Washington, Julie Swetnick, liess am Mittwoch über ihren Anwalt eine Erklärung veröffentlichen, in der sie Kavanaugh vorwirft, er habe in den 80er-Jahren bei diversen Partys in angetrunkenem Zustand junge Frauen sexuell belästigt. Er habe Frauen begripscht und anzügliche Kommentare gemacht. (SDA)

INSERAT



Fielmann sucht Nachwuchs.

Starten Sie jetzt Ihre Karriere mit einer Ausbildung zum Augenoptiker bei Fielmann. Aus guten Gründen: Mehr als 500 junge Menschen hat Fielmann in den letzten 20 Jahren in der Schweiz ausgebildet. Aktuell lernen über 170 Auszubildende beim grössten Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb der Schweizer Augenoptik.

Seinen Lernenden bietet Fielmann die höchsten Ausbildungsstandards in einem abwechslungsreichen Beruf, eine überdurchschnittliche Vergütung, ein Gratis-GA, Top-Perspektiven im In- und Ausland sowie Prämien für herausragende Leistungen. Mehr Informationen finden Sie unter www.fielmann.ch/ausbildung

www.fielmann.com

fielmann